

beschäftigt wird erst in der mündlichen Verhandlung Beschluß gefaßt.

c) Gerichtsverfassung. Werden in einem Reichsteile mehr als drei Termine zur mündlichen Verhandlung über die Quasipappe in einer Instanz anberaumt, so wird für den vierten und für jeden folgenden Termin eine besondere Gebühr in Höhe von fünf Reichsmark der vollen Gebühr erhoben. Weiter können die Gerichte nur eine Strafgewehr, die in der vollen Gebühr besteht, aber bis auf zwei Drittel ermäßigt werden kann, festsetzen, wenn durch Verschulden einer Partei oder ihres Vertreters die Verhandlung einer mündlichen Verhandlung über die Anberaumung eines Termins zur Fortsetzung der mündlichen Verhandlung bedarf, oder durch verschuldetes Verhalten von Angriffen oder Vertuschungsmitteln die Erzielung des Rechtserfolges verzögert worden ist. Diese Vorschriften sollen nicht geeignet sein, der sog. Prozeßverschöpfung entgegenzutreten. Die neueren Bestimmungen sind aber ein Mittel, um die Parteien, namentlich die Widerbeteiligten, zur Abklärung des Prozesses zu zwingen.

Die Schreibgebühren für eine Seite sind mindestens 20 Zeilen von durchschnittlich 12 Silben sollen von zehn auf zwanzig Fennig erhöht werden. Die Erhöhung wird mit der Steigerung der Schreibhöhe von Jahr zu Jahr motiviert. Im Falle der Erhöhung wird man höchstens auf drei an sieben Stellen immer noch sehr gering entlohnenden Vogenschreiber geben.

d) Verfahrensordnung für Rechtsanwältinnen. Für die Höhe der Rechtsanwältinnen aufzunehmenden Schreibgebühren sind bisher die Vorschriften des § 80 des Gerichtsverfassungsgesetzes, zehn Fennig pro Seite, maßgebend. In Zukunft sollen dem Rechtsanwältin nach der geplanten Reform Parität gewährt werden. Der einzelne Rechtsanwalt soll wenigstens von Hundert der vom Antrage gelangenden Gebühr, jedoch mindestens fünfzig Fennig und höchstens dreißig Mark betragen. Stellt dem als Prozeßbevollmächtigten bestellten Rechtsanwalt nach die Prozeßgebühr, so beträgt die Summe der in einer Instanz aufzunehmenden Gebühren mindestens drei Mark und höchstens fünfzig Mark; und wenn dem Rechtsanwalt noch die Beweis- oder Vergleichsgebühr aufsteht, mindestens vier Mark und höchstens sechzig Mark. Für auf besonderes Verlangen gefertigte Abschriften stehen dem Rechtsanwalt außerdem noch 20 Fennig pro Seite zu. Hiernach partizipieren auch die Rechtsanwältinnen an der Erhöhung der Schreibgebühren. Der Entwurf legt zu der Pflichttreue der Anwaltschaft das Vertrauen, daß die Kaufschaltung der Schreibgebühren in der Erhöhung der erforderlichen Schriftsätze nicht beeinträchtigt wird. Wie sich die Rechtsanwältinnen mit den Kaufschaltungen im Falle der Annahme des Entwurfs abfinden, wird die Zukunft lehren.

Wir aber fordern im Vorprozeß ein schnelleres und billigeres Verfahren wie bisher. Dies bringt uns der Entwurf jedoch in der gewöhnlichen Weise nicht.

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 21. Oktober 1907.

Wit der Frage des geheimen Stimmrechts beschäftigt sich die Nordd. Allg. Zeitung in ihrer neuen Wochennummer. Sie wendet nämlich den Blick auf die Frage zurück, ob es nicht möglich sei, die Wahlberechtigten in der allgemeinen Wahnpflichtgesetzgebung als Gegner des geheimen Stimmrechts betrachten zu können, in dem sie namentlich die Abstammung über das Anknüpfungsstatut verlangen. Das ist klarer Unfug; denn das würden den sachlichen Bestimmungen entgegen, ihren Wählern verantwortliche Vertreter und den Wählern der Staatsbürger zu öffentlichen Körperschaften ein grundsätzlicher Unterschied besteht, bemerkt jeder Mensch, und wer es nicht bemerkt, hat jedenfalls kein Recht für seine „Bildung“ eine Wahlstimme zu beanspruchen. Nichtsdestoweniger verlangt das Regierungsbüro, wir sollen unsere Entzweiung gegen die Wahnpflichtstatute richten und nicht gegen die bürgerlichen Parteien, welche den Grund zu einer Veränderung der preussischen Verfassung nicht einzuleben vermögen oder sie doch nicht für so eilig halten, daß alle anderen Entwürfe dahinter zurückzuliegen müßten. Die preussische Verfassungsurkunde enthält aber die öffentliche Stimmabgabe kein Wort. Wir stellen fest, daß die politische Bildung der R. A. B. nicht so weit reicht, die preussische Verfassung zu kennen. Wahlrecht für die Weiblichen.

nicht. Ich weiß, was Du sagen willst. Du wirst einwenden, daß die Laospresse genöthigt, auf den großen Haufen berechnet, müde ist — und ich sage Dir: Dein Gedicht, das Du „Die Mühseligkeit“ nennst, muß eben von den Mühseligen gelesen werden. Es muß genöthigt sein, es muß auf den großen Haufen wirken. Du darfst Dich nicht auf Deine Würde verlassen, wenn Du Dich an das Wort wenden willst.“ „Doch mag ich mich an das Wort wenden, doch ich kann den Gedanken nicht los werden, daß ich auf diese Weise mein Gedicht wegwerfe. Die große Zeitchrift gibt mir solch — solch einen Hintergrund, sie gibt meine Worten Gewicht.“ „Gib Deinen Worten Gewicht, gib Dir solch einen Hintergrund! Ja, denn Du kennst Dich selbst.“ Du selber der Hülflosen! Ist das Deine Überzeugungsbasis? Du müßt untertauchen. Du müßt Dich selbst dergleichen und Dein Verlangen nach Ruhm und Anerkennung, Dein Diktand, Deine Wohlthat ist, die durchbringen muß, nicht Du, von dem sie herzufließt. Du predichst die Lehre der Entfaltung, der Selbstverleugnung, und auf den Katen, denn Du Deine Worte entgegenstehst, schreist Du, daß Du nur reich sein kannst, Deinen Namen, damit alle Welt nicht das Gedicht, sondern den Dichter sehen kann. Preisen, diese sind so wie Du. Der Sozialreformer schreibt ein Buch über die Widerrechtlichkeit des Landbesitzes und laßt sich einen Gedulpaus auf den Erträgen eines jenes Buches. Der Volkswirtschaftler, der das bunte Buch immer bekennt, wird durch den Verkauf seines Buches ein reicher Mann.

Preisen, solche nicht weiter dürfen. „Nein“, rief er, „ich weiß, daß ich aufrichtig bin, und um es dir zu beweisen, will ich mein Gedicht, wie Du mir rätst, in der Tagespresse veröffentlichen; ich werde auch kein Geld dafür nehmen.“

Nach einer Stunde ebla redeten in der Abenddämmerung trübsamer, Preisen merkte bald, daß Bananess Gedanken anderswo weilen. „Ach nie war er so still, so tief in bummer Verfall geraten gewesen wie in der letzten Zeit. Und jetzt erhob er sich plötzlich und wandte sein Gesicht nach Norden in der Richtung der Missionstraße von San Juan.“

„Ich glaube“, sagte er, „daß ich gehen muß.“ „Nein“, rief er, „du darfst nicht gehen.“ „Nein“, antwortete Bananes und deutete mit einer unbestimmten Handbewegung nach Norden. „Ich muß.“

Ohne nach ein Wort zu sagen, verschwand er im Grau des Abends. Der verwundete Preisen war allein. Er ging zu seinem Werke, zog den Gattelfurter hinter und ritt gedankenvoll im schnellen Schritt in der Richtung beim. Die Preisen zur Ruhe gelassen, fand er nach „Die Mühseligkeit“ an den Redakteur der Sonntagbeilage einer San Franciscoer Zeitung.

(Fortsetzung folgt.)

Wahlrecht und Wahlverfahren.

Eine Stimme aus dem liberalen Lager. Am 18. Oktober veranstaltete der Sozialliberale Verein, der der Freistimmigen Vereinigung angehört, in Berlin eine Wahlrechtsversammlung, die auch von Sozialdemokraten recht zahlreich besucht war, und in welcher der Vorsitzende des Vereins, Herr Dr. Weißbach, referierte. Dr. Weißbach betonte sich als ein entschiedener Gegner der liberalen Wahlpolitik und legte überzeugend dar, daß der Antiliberalismus mit der Sozialdemokratie zusammengehen müsse, wenn er mit seiner Wahlrechtsforderung Ernst machen wolle. Von der anderen Seite vertrat Herr Dr. W. als die Vertretung der Sozialdemokratie, in der Wahlrechtsbewegung mit solchen bürgerlichen Elementen gemeinsame Sache zu machen, wobei er freilich sein Bedauern darüber nicht verhehlen konnte, daß Gesinnungen, wie die des Referenten, im bürgerlichen Lager recht selten seien. Die freistimmig-vollparteiliche Presse behandelt diese immerhin bemerkenswerte Versammlung nach demselben Rezept, nach welchem sie den Parteilichen Vorschlag behandelt hat: sie schweigt sie ganz einfach tot. Und ein anderes Beispiel hat wohl auch zu erwarten. Sie weißt sich der D. A. B. W. L. O. D. und der Liberalismus und ist im Verlage von Ernst Reinhardt-München erschienen. Wir behalten uns vor, auf sie zurückzukommen und geben für heute folgende Stellen aus ihr wieder:

Am meisten zu bedauern ist die Haltung der beiden freistimmigen Gruppen im preussischen Landtage zur Wahlrechtsfrage. Während die Konservern nicht müde werden, zu versichern, die Paarung sei Reichsfrage, und es liege ferner in der Verantwortung der Liberalen, sich selbst durch die schlechten Entscheidungen zum Vorwurf gegen Herrn von Staudt nicht abschrecken lassen, an einer Verabredung festzuhalten, die die Gegenpartei gar nicht anerkennt. Allerdings weniger zum Vorteil dieser anderen Seite als zu dem der Regierung, der eine Erörterung über das preussische Wahlrecht im höchsten Maße unangenehm gewesen wäre. Im Januar 1907 brachten die Freistimmigen einen Initiativentwurf ein, in Preußen das Wahlrechtswahlrecht einzuführen, im Juni verzichteten sie auf seine Vertagung, angeblich, weil die Geschäftsfrage die Erörterung nicht mehr gestattete. Aber die Vertreter der Mehrheitspartei verhielten sich nachträglich, sie hätten gegen die Debatte nichts einzuwenden gehabt, und so bleibt nur die Erklärung übrig, daß die Liberalen einem ausgeprochenen Wunsch der umden Zusammengehörigen der Sozialdemokraten Regierung gehorchen. Sie haben von einer Erörterung ihres Antrages ab, obwohl sie dann der Vermutung Raum geben, daß ihr Antragsentwurf aus den Rücksichten auf die Reichstagswahl gefordert sei und obwohl sie ihren Parteifreunden im Lande die Agitation aus äußerer Erwägung, in der Tat ein Opfer des Antiliberalismus, dessen nur das liberale Wählerthum fähig ist. Und wenn Wilam je einmal an eine verbesserte Umgestaltung des Wahlrechts dachte, und wenn er auch einen Reformvorschlag in dieser Richtung geäußert hätte, so blieb diese Konzeption an den Wählergedanken dennoch ein großer Fehler. Hier war die Gelegenheit, den Wählern zu erörtern, daß die Erhebung zu der Würde der Regierungspartei den Liberalismus nicht an der Geltendmachung seiner elementarsten Forderung hindere. Hier war besser als durch gelegentliche Verneinung der Unmöglichkeit darauf, daß die Untergänge des Preusses, den die Regierung zu zahlen habe, nicht bei der Reform der Wählererhebung liege, aber hier hat der preussische Freistimmigen Wähler verpaßt. Wählererhebung sind die Wähler, als sie großmüthig ihren Antrag wieder in den Schrank schloßen, daß nur mehr wie politisch und staatsfug vorgekommen, daß konnten sie gar nicht unpolitisch handeln.

Nur die Taktik, so behaupteten sie, sprengt verfehlt und bedenklich, die Taktik des „Alles-oder-Nichts-Verlangens“. Sie behaupten, daß gar keine Reform erreicht werde, wenn man zuviel begehrt. Wie kürzlich Natürlich läßt sich über die Taktik streiten, aber nie und nimmer läßt sich politische Taktik auf Jahre hinaus festlegen. Keiner, der das Wahlrechtswahlrecht für Preußen fordert, hat den Versuch gemacht, den Fraktionen Richtlinien für den Moment der entscheidenden Abstimmung vorzuschreiben. Gering und allein jene anglistischen Gemüther, jene nervenschwachen Liberalen, die von der Gnade der Regierung leben wollen, verließen gegen die Grundzüge vernünftiger Politik. Sie legen sich schon im gegenwärtigen Moment auf eine Taktik fest, und zwar auf die des Zurückweichens. Sie verstanden aller Welt, die Regierung ist die Rechte, sie brauchen ihre Angst zu haben, denn der Liberalismus werde seine Schwächen zeigen, auch wenn nur der kaiserliche Wähler für ihn abfalle. Und das wollen Staatsmänner sein!

Was sich hinter ihrem Diplomatischen verbirgt, ist nichts anderes als die Angst vor der Tat, die allmählich geradezu große Formen angenommen hat. Ihrer Auffassung nach hat der Liberalismus keine anderen Chancen, als die des gebildeten Altvaters, das höchste durch das Dokumentieren staatsrechtlicher Gesinnung unterworfen werden darf. Das heineische Spottgedicht von der deutschen Freiheit, der — gute Fehnung vorausgesetzt — ihre Wünsche nach Strümpfen, Siefeln und Rubelmeißel befreit werden sollen, hat neue Geltung für die Tage der Wählungen erhalten:

Du bekommst sogar zu essen — Eine große Zukunft nicht dir. Laß dich vor vom waldigen Satze Nicht verlesen zu Gefallen. Werde nicht heiß und breiter, Setz nicht den Beipf beistehen Vor den hohen Brüggeleiten. Und dem Herrn Bürgermeister.

An die Stelle des waldigen Satze braucht nur der sozialdemokratische Lausel gesetzt zu werden, und alles ist in schäner Ordnung.

Die nächste und geistlichste Probe hat der Liberalismus beim preussischen Wahlrechtskampfe abzugeben. Das allgemeine Bewußtsein der Zusammengehörigkeit und des Zusammengehens der Rinken kann Wunder wirken, und deshalb heißt es, so schnell als möglich jene gemalten Hüllen Bülowischer Erfindung in die Kumpfkammer zu werfen und einen demokratischen Block aufzustellen, an dem sich die gesamte Reaktion die Köpfe einrennen wird.

Die nächste Wahlreform. Der sächsische Landtag ist in der vorigen Woche eröffnet worden. Der Zweiten Kammer wurde gleich in den ersten

Tagen der Sitzung des Abgeordnetentages vorgetragen. Dieser Entwurf bedarf sich vollständig mit demjenigen, der bereits im Jahr veröffentlicht worden ist. Das neue Wahlgesetz enthält folgende Bestimmungen:

Die Zweite Kammer soll aus 82 Mitgliedern bestehen.

40 Abgeordnete werden von den kommunalverbänden ernannt und

42 Abgeordnete werden geheim und direkt unter Anwendung des Verhältniswahlrechts in Wege der Verhältniswahl bestimmt.

Bei der Wahl durch kommunalverbände bilden die mit abhandlungsmäßiglichen Kreis-Verfassungen, in dem Städten, Kreisen, Gemarkungen, Klauen und Justizbehörden und Stadtverordneten in gemeinschaftlicher Sitzung Wahlkörper. Bei der Verhältniswahl bilden jeder arbeitsunfähigkeitsfähige Mann und die Städte Frauen und Jüdinnen eine Liste, Dresden und Leipzig je fünf, Chemnitz drei Wahlkörper. Stimmverteilung ist jeder Staatsangehörige, der in Sachsen eine direkte Staatssteuer entrichtet, bei Abbruch der Wahlkörper des 25. Lebensjahres vollendet hat, seit mindestens sechs Monaten am Ort der Listen-Aufstellung Wohnort oder Aufenthalt hat, mit der direkten Steuer nicht länger als zwei Jahre im Rückstande ist und im Wahlbezirk der bürgerlichen Ehrenrechte ist.

Jeder Wahlberechtigte hat eine Stimme. Eine zweite Stimme haben diejenigen Wahlberechtigten, die einen bestimmten Grundbesitz haben oder von dem mehr als 1000 Mark Einkommen in städtischen Gemeinden oder in Gemeinden, die für den einjährig-freiwilligen Militärdienst genügen.

Das neue Wahlrecht charakterisiert sich also als kombolische Bewusstseinsfrage der nichtbestimmten Mehrheit des Volkes! Zunächst müssen die kommunalverbände 40 Abgeordnete. Da in den Städten die Stadträte und Stadtverordneten wählen, ist jede Aussicht für die nichtbestimmte Klasse ausgeschlossen, Vertreter ihrer Interessen durchzusetzen. Und die Bezirksverwaltungen der Amtsbezirkswahlkörper beschließen zu einem Drittel aus den Höchstbesessenen des Bezirks (mindestens 300 Mark Staatssteuer) und zu zwei Dritteln aus den Abgeordneten, die in dem Bezirke liegenden Städte oder Landgemeinden, meist also Bürgermeistern oder Gemeindevorständen. Auch hier ist also die arbeitende Klasse völlig entrechtet.

Die Zweite Kammer, die dergestalt also die Hälfte aller Mitglieder der Zweiten Kammer wählen, wählen dann zum einmal bei den Verhältniswahlen mit, aus denen 42 Abgeordnete hervorgehen. Um ihnen aber ein dreifaches Wahlrecht zu sichern, ist bei den Verhältniswahlen die Wahlkörper, sondern das Zweistimmigen-Wahlrecht für die Wähler mit höherer Bildung und Einkommen von mehr als 1600 Mark vorgesehen!

Von den rund 650 000 Wählern besitzen mehr als 500 000, also 80 Prozent weniger als 1600 Einkommen. Sie haben also nur eine Stimme gegenüber dem drei-, je (involue des kommunalverbändlichen Wahl-Prinzipien) vielfachen Stimmrecht der Besitzenden!

Und noch steht es speziell mit der Vereinerung des sozialdemokratischen Proletariats? Die Regierung rechne damit, daß die Sozialdemokratie 45 Prozent aller Wähler umfasse, d. h. 296 000 Wähler, also inklusive 18 000 Wahlstimmen 314 000 Stimmen. Ihnen gegenüber sind 360 000 Wähler gegenüber, die infolge des Verhältniswahlrechts 570 000 Stimmen abgeben könnten. Es wurden danach im günstigsten Falle 15 sozialdemokratische Abgeordnete gewählt werden, denen 27 bürgerliche Abgeordnete gegenüberstehen. Der kommunalverbändliche 67 Abgeordnete der besitzenden Klasse! Die 45 Prozent sozialdemokratischer Arbeiter hätten also nur Anspruch auf 20 Prozent der Abgeordneten, während die übrigen 55 Prozent nicht weniger als 80 Prozent der Abgeordneten stellen.

Ein Wahlrecht standesfähiger Wähler! Und gerade deswegen ein Vorbild für Preußen!

Ein Schlag gegen Vereins- und Versammlungsfreiheit.

Zur selben Zeit, da der Liberalismus als Lohn seiner Regierungstreue einen Gegenentwurf erachtet, der angeblich das Vereins- und Versammlungswesen des Reiches auf liberale Grundzüge stellen soll, hat eine preussische Verordnungsbehörde gegen die Vereinsfreiheit der Arbeiter einen Schlag geführt, der kaum von einem gerichtlichen Urtheil überboten werden kann. An der Arbeiterkassenkasse in Potsdam sollte am letzten Freitag ein Vortragssystem des Genossen Kassenstein über berufliche Interessen und Landesverfassung gehalten werden. Die Potsdamer Regierung, Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen, verbot die Wortrede an der Androhung einer Strafe von hundert Mark für jede begonnene Stunde erteilten Unterrichts und begründete diesen Akt der Willkür mit folgenden Sätzen:

Zu einer solchen Unterrichtsverteilung bedarf es der schlußfassenden Genehmigung nach der Kabinettsorder vom 10. Juni 1834 in Verbindung mit der Staatsministerial-Instruction vom 31. Dezember 1839.

Die Kabinettsorder aus vornehmlicher Zeit enthält sich klumhernd über die preussische Verfassung, deren Artikel lautet: „Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei“, über das Vereins- und Versammlungswesen, über die neuesten Grundgesetze des Reiches und des Staats. Kein Zweifel: es handelt sich um einen rücksichtslosen Versuch, das aufstrebende Bildungs- und Arbeiterschaft radikal zu zerstören. Die Arbeiterkassen in Potsdam ist nur das Versuchsmannchen, das Ziel des Experimentes aber ist die Zerstörung der Parteifunktion und die Unterbrechung aller systematischen Unterrichtsarbeit innerhalb der Arbeiterkassen. Der Grundschlag, der Unterrichtsfrage der Versammlung durch die Behörde bedürfen, ist bisher immer nur so aufgestellt und gehandhabt worden, daß die Erstellung von Unterricht an schulpflichtigen Kindern konsequenzlos ist. Parteien erzwungener Leute ist aber bisher noch niemals das Recht bestritten worden, Vorträge zu halten, in denen wissenschaftliche Fragen behandelt werden, zu veranstalten. Die preussische Regierung hat diese Auffassung in rückwärtsstem Sinne revidiert, somit Herr Oberstaatsanwalt Ochsleben seinen Kommentar zum Hochverratsparagrafen veröffentlicht hat. Der Prozeß gegen Genossen Wehnert, der eingeleitet in die Parteifunktion, jetzt der Vorleser gegen die Potsdamer Arbeiterkassenkasse — sie alle sind nur Glieder derselben Organisationsweise, Versuche, die alle auf denselben Zweck gerichtet sind, nämlich die Zerstörung der Arbeit des Sozialistengesetzes im Verwaltungswege wieder einzuführen. Am Ende wird man noch darauf kommen — und wie weit ist man noch davon? — daß auch die politische Agitation eine Art von Unterricht

Bezirksrat für den Regierungsbezirk Merseburg.

Salle, den 21. Oktober.

Gestern früh 11 1/2 Uhr traten im Refektorium des Volksparkes die Vertreter des Bezirks zu erster Beratung zusammen. Der Vorsitzende der Agitationskommission, Genosse Reimann, eröffnet den Bezirksrat mit herzlichem Begrüßungswort und heißt die Erschienenen zu fruchtiger Mitarbeit willkommen. Redner gedenkt der im abgelaufenen Jahre verstorbenen Genossen Auer, Mattele, Otto-Zeugner u. s. w. Die Versammlung erheben sich zu Ehren der Verstorbenen von den Plätzen. Einen glänzenden Schlag habe man der Partei mit der Veranstaltung des Genossen Liedtke zu versehen geglaubt. Auch das wird der Partei an ihrem Vordrängen nicht hinderlich sein; trotzdem und alledem wird sie ihrem Ziel fröhlich zu streuen. (Beifall.) Zur Vertagung der Beschlüsse werden die Genossen Reimann, Ehrstange (Friedrich) und Schellenbeck gewählt. Nach der Präsenzliste sind folgende Genossen anwesend:

Von der Agitationskommission: Reimann, Schmidt, Schellenbeck, Canon, Mehlgarten, Leopold, Drescher. Präsenzliste: Koch, Krüger, Mehlgarten, Redaktion des Volksblattes: Thiele, Leopold und Gehring. Verlag: Groß. Delegierte für Halle-Saalkreis: Thiele, Gerig, Schmale, Schneider, Jänike, Dertel. — Kreis-Beisitzer: Leopold, Burgau, Böttcher, Lindig, Kämpfe, Jungmann. — Kreis-Vizepräsident: Biedermann, Heß, Illgen, Bradmann. — Sangerhausen-Verbandsrat: Hoff, Rintcher, Albrecht, Pöhler, Wendt. — Wittenberg-Schweig: Thiele, Bode, Frisch, Matthias, Kobbau. — Merseburg-Duerwin: Müller, Ballstädt, Voigt, Leopold, Frischneider. Mandatgeber Kreis: Ehrstange, Meyer, Weisker, Peterjohn, Steiger. — Logau-Liebenwerda: Winkler, Mägner, Wendel. — Schöne, Rastig. — Außerdem mochten eine Anzahl Gäste den Verhandlungen bei.

Der Bericht des Agitationskomitees gab Genosse Reimann: Die Tätigkeit der Kommission wurde beeinträchtigt und erhöht durch die Auflösung des Reichstages und die darauf folgende Wahl. Einige Kreise erklärten, was erfreulich war, die Kreise für die Reichstagswahlen selbst fragen zu können. Die Gewerkschaften leisteten nicht unbedeutende Zugriffe und die Dienstlosigkeit hat sich erhöht. Über den Ausfall der Wahl noch viel zu reden erübrigt sich. Die Agitationsarbeit zwischen Hauptwahl und Stichwahl war sehr kurz, jedoch eine ergiebige Agitation nicht mehr entfaltet werden konnte. Wenn auch ein Wahlprotokoll Material genügend vorhanden war, so habe man es doch unterlassen, Wahlproteste einzulegen, da man von vornherein sah, wie sich der Reichstagsrat zu den Protesten stellen würde. Nach der Wahl habe man die Broschüre mit den Reden von Bebel und Fischer über die Wahlagitiation des Reichstages verbreitet und man hätte noch mehr getan, wenn noch mehr Mittel vorhanden gewesen wären.

Die Waise hat in unserem Bezirk in diesem Jahre erfreuliche Fortschritte gemacht. Den internationalen Kongress habe man deshalb nur mit einem Delegierten besetzt, weil man glaubte, Mittel sparen zu müssen. Dem Bezirk habe allerdings das Recht zugestanden, diesen Kongress mit drei Delegierten zu besetzen. Bei der Agitation, besonders im Eisenberger Kreise, haben die Gegner die höchstschlimmsten Mittel angewandt, um die Agitation zu lähmen. Es wurden den Genossen die Wohnungen gefällig, um die Agitatoren zu schädigen. Jedoch erweisen sich solche Streiche für gewöhnlich als ein Teil von ihrer Kraft, die das Volk will und das Gute schafft. Für die Jugend und im Kampfe gegen den größten Feind aller Kulturverbreitungen, den Militarismus, müsse mehr getan werden, denn wer die Jugend gewinnt, dem gehört die Zukunft. Bei dem Kampf gegen den Militarismus werde der Staat an einer sehr empfindlichen Stelle getroffen, das beweise in erster Linie der Prozeß gegen den Genossen Liedtke. Bei allen Wahlen muß künftig eine umfassendere Tätigkeit entfaltet werden. Wenn die Kommission nicht allen Ansprüchen genügen konnte, so habe sie sich mit den Mitteln nach der Deede freizugehen. Die Kommission befindet sich bei ihrer Tätigkeit in der Vorkampfbewegung und die Genossen mögen bei der Kritik objektiv urteilen. (Beifall.)

Hierauf gibt der Bezirkskassierer Genosse Schmidt den Kassensbericht. Er bezieht sich in Einnahme mit 21 202 Mk., Ausgabe 21 063 Mk., bleibt ein Kassensaldo von 138 52 Mk. Schmidt montiert, daß Sangerhausen und Wittenberg mit ihren Leistungen hinfällig stehen.

Der Bezirkssekretär Genosse Drescher verweist auf den gedruckten vorliegenden Bericht hin und meint, er könne sich nicht halb sehr kurz fassen. Durch den gedruckten vorliegenden Bericht werde für die Agitation ein klares, übersichtliches Bild geschaffen, nach dem man Vergleichs anstellen könne und sehen werde, wo es fehle. Mit der Verantwortung der Genossen delegierten Fragen muß seitens der Parteifunktionäre gewissenhafter verfolgt werden. Das Versammlungswesen und Organisationsleben muß im Bezirk mehr gehoben werden. Man muß regelmäßig zusammenkommen. Die Aufschuldigung, man habe kein Lokal, muß wegfallen. Man braucht zu Versammlungen nicht immer einen großen Saal oder ein Arbeiterkafé. Wo man keinen Saal hat, da benutze man die Wohnungen. Fürchte man nicht immer die Schikanierungen der Polizei. Das Kammergericht hat jüngst entschieden, ist eine Wohnung tauglich, also bewohnbar, dann muß sie auch zu einer Versammlung tauglich sein. Natürlich dürfe man die Wohnung nicht überfüllen. Finden 40 Personen in einer Wohnung keinen Platz, dann rede der Referent zweimal vor 20 Personen. Manche Genossen zählten nur ihre Beiträge und leben sonst in purer geistiger Wildnis dahin. Eine rege Parteitätigkeit könne nur dort entfaltet werden, wo eine rege Vereinsfähigkeit besteht.

Auf Antrag des Genossen Biedermann-Delisch wird von den Berichten der Kreisverordnetenleute Abstand genommen. Darauf wurde in die Diskussion über die Beschlüsse eingetreten. Leopold-Beiz: Wenn das Vorortkomitee gleich nach der Zusammenkunft zu einer Beratung zusammenzutreten wäre, so hätten bei den Entscheidungen bessere Ergebnisse erzielt werden können. Für die Zukunft möge man sich danach richten. Mit dem Mangel an Finanzen möge man nicht alles entschuldigen. Die vierteljährlichen Fragebogen werden später besser beantwortet werden, wenn sich diese Vereinerlichung mehr eingebürgert

hat. Dem Bezirkssekretär müssen größere Funktionen eingeräumt werden. Er muß unbedingten an Bezirkskommissionen teilnehmen können. Was die Jugendorganisationen anbelangt, so werden jetzt Versammlungen stattfinden, die dieselben fördern sollen.

Müller-Schleib: Die Frage der Jugendorganisation ist in den ländlichen Bezirken noch nicht so ganz freigekommen. Jeder Genosse kann nicht populär genug für die Jugend sprechen. Wir haben zunächst damit zu tun, die gewonnenen Mitglieder zu Genossen zu machen.

Thiele und Frisch-Wittenberg bemängeln den Kassensbericht, indem hätte gesagt werden müssen, daß die Genossen in Wittenberg das Geld, das sie hätten an die Bezirkskasse abliefern müssen, für Prozeßkosten verbraucht haben.

Wettichneider-Großhaina spricht aus Theorie und Praxis harmonieren nicht immer miteinander. Die Fragebogen werden künftig besser ausgefüllt werden. Redner stellt die Frage, ob es nicht möglich sei, für die beschafferten Genossen der verschiedenen Kreise vielfältige Bildungsarbeit zu erledigen. Die Agitation und Organisation würde besser bestellt sein, wenn die Genossen mehr Zeit hätten. Die Kreisberichte usw. möge man zu einer Broschüre zusammenstellen.

Burgau-Aue gibt Drescher Recht, im Punkte der Versammlungen in Wohnungen usw. könne mehr geschieden. Eine kleine Antragsliste genüge zuweilen, um die Genossen zur Diskussion anzuregen. Kurze Vorträge mit Diskussionen sind fruchtbar. Eine Fliese der Statistik, die von Drescher eingeführt worden ist, erscheint notwendig, denn die Statistik ist gewissermaßen der Thermometer der Bewegung. Redner plädiert lebhaft für die Anlegung von Tagebüchern für die leitenden Genossen und für die Einführung von Wochenbeiträgen.

Thiele-Salle: Unsere Bezirkskommission ist im Werden begriffen. So unvollkommen noch alles erscheint, so groß sind aber auch heute die Fortschritte. Wären Sie zurück auf unsere früheren Bezirkstage; der Entwicklungsvorstoß wäre ein Notwendigkeit. Auch ich begrüße, wie andere Genossen, daß Drescher es verstanden hat, das Agitationsgebiet so schnell kennen zu lernen, Material zusammen zu tragen und es zu bewerten. Der Verantwortung der Vierteljährlichen Fragebogen ist hohe Bedeutung beizulegen, desgleichen der Anlegung von Tagebüchern mit Notizen über die Parteiarbeit. Die Fliese der Jugendorganisationen erscheint dort an dringenden, wo bereits gegnerische Jugendorganisationen bestehen. Die Urteile des Raumbürger Landgerichts über die Verechtigung iderermann zum Aufenthalt in den Wahllokalen müssen in Massen verbreitet werden.

Betreffs der Stellvertretung der Kreisleiter in den Sitzungen der Agitationskommission meine ich, die Stellvertretung müsse möglich sein, denn es handelt sich nicht um ein persönliches Recht sondern um Vertretung des Kreises, und da der Kreisleiter eine Fülle mit den Genossen im Kreisvorstand zu halten hat, ist der etwaige Vertreter genügend unterrichtet, um jeder Sitzung beiwohnen zu können. — Die Beitrags-erhöhung auf 10 Pf. wünschenswert nur eingeführt werden, wenn die Mehrheit der organisierten Genossen dafür gewonnen ist, sonst werden innere Widerstände und Mühsal geschaffen, also das Gegenteil dessen, was erreicht werden soll. — Daß der Bezirkssekretär den Sitzungen der Präsenzliste mit vollem Stimmrecht beiwohnen kann, halte ich für richtig. Ich werde nach dieser Richtung in meinem Referate noch andere Anregungen geben müssen. Für den Bezirkssekretär und die Agitationskommission beantrage ich Entlassung.

Es geht folgender Antrag ein:

1. Das Agitationskomitee besteht aus 13 Personen und zwar aus den acht Kreisvorständen, einem Mitgliede der Präsenzliste, einem Mitgliede der Redaktion und drei von der Halleischen Organisation zu wählenden Genossen. Das Vorortkomitee besteht aus den sechs Genossen aus Halle. Etwas im Bezirk angestellte Sekretäre haben bei den Sitzungen des Agitationskomitees beratende Stimme. Der Bezirkssekretär hat zu allen im Bezirk stattfindenden wichtigen Sitzungen, auch zu denen der Präsenzliste, Teilnahme und beratende Stimme.

2. Die Broschüre über den Bericht des Bezirkssekretärs soll auch die Verhandlungen über den Bezirksrat enthalten.

A. Leopold.

Jänike-Mietelen: Die Herausgabe einer Broschüre mit den Berichten des Bezirksleiters und des Agitationskomitees empfehle ich als Pflicht. Ein einheitlicher Wochenbeitrag erscheint notwendig. Maßregelungen von Genossen an Orten mit scharfen Verfolgungen müsse mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden.

Biedermann-Delisch: Wir sind für einen Monatsbeitrag von 30 Pf. eingetreten. Schmidt hat seinen Bericht diesmal besser abgefaßt als früher. Den Bildungsvertretungen der Genossen an leitender Stelle muß mehr Nachdruck gesetzt werden. Wenn man glaubt, die Wahlproteste werde man durch Broschüren, in denen ihre Ungerechtigkeiten bei Wahlen festgelegt werden, abschrecken, so irrt man sich. (Darauf trat die Mittagspause ein.)

Nachmittagsitzung.

Die Diskussion über den Kommissionsbericht wird fortgesetzt. Ehrstange-Eisenberg: Wir haben diesmal 15 Strafen im Kreise zu verzeichnen. Dieselben zeichnen sich durch ihre Kuriosität aus. Auch unsere Genossen sind bei den Veranlassungen der Arbeiter äußerst tätig. In Punkte Jugendorganisation war bei uns nichts zu tun, dagegen schreitet Frauenbewegung und Bildungsarbeiten vorwärts. Im nächsten Halbjahr soll mehr Gewicht auf Veranschaulichung von Frauenkreisen gelegt werden. Die Sitzung der Bezirkskasse heute trage ich von jetzt an 30 Pf. pro Person und Jahr zu entrichten.

Hoff-Sangerhausen wendet sich gegen die Bemerkungen Schmidts. Er entschuldigt die Nichtzahlung von den meisten Kreisen in seinem Kreise. Die Agitation kostet im Kreise ungeheuer viel Geld. Wir würden, wenn wir es könnten, gern zahlen.

Schöne-Eisenwerda: Im Kreise Logau-Liebenwerda müssen wir erst die erwachsenen Arbeiter heranziehen. Das Landhammerwerk bereitet uns da schon viel Schwierigkeiten. Den Frauenvereinigungen müssen Frauen als Referentinnen herangezogen werden. Es muß zuerst ein Stamm geschaffen werden, der dann für weiteres sorgen muß. Wir haben versucht, namhafte Referenten zu erhalten, dies ist uns nicht gelungen. Dies muß in Zukunft geändert werden. Finanziell sind wir leider nicht so kräftig, wie die industriellen Kreise.

Uns fehlt der beste Agitator: die Polizei! Unsere Bewegung ist gut, aber leider oberflächlich.

Schmidt-Salle: Ich habe noch nichts anderes tun können, als ich getan habe. Auch habe ich, um Hoff zu antworten, schon vor 20 Jahren viel in den Kreisen gearbeitet.

Reimann: Daß eine Befestigung der Kommission zwischen Haupt- und Stichwahl nicht stattfindet, beruht auf dem Umstand, daß die Kreisleitungen keinen Bericht über den Ausfall der Wahl einfanben. Bei Stichwahlen sollen sich die Kreisleitungen, wenn sich Kompromisse nötig machen, an das Komitee wenden. Ich bitte, den Antrag Ehrstange, auf Verhütung von 30 Pfennig pro Jahr und Kopf anzunehmen, da wir unbedingt mehr Mittel in die Hand bekommen müssen. Der Wunsch, werden künftig mehr, aber Geld besitzen wir fast nicht. Wenn Halle nicht mit den 1100 Mk. eingezogen wäre, so hätte die Agitation vollkommen lahmgelegt. Auf die Einführung von Monatsbeiträgen hat die Faltung des Halleischen und des Feiner Kreises Einfluß gehabt. Hätte man dort besser und richtiger agitiert, dann wäre ein anderer Resultat herausgekommen. Wir müssen sorgen, daß die Kinder der Arbeiter so halb als möglich in unsere Organisationen eingeführt werden. Ich empfehle, dafür einzutreten, daß möglichst Lehrer für unsere Jugend angestellt werden und die Kinder durch Unterhaltung, Vorträge usw. an uns gefesselt werden. Wir müssen diese Versuche machen, wenn wir die Jugend für uns haben wollen. Bei der letzten Wahl haben unsere Gegner sehr gut gearbeitet, sie hatten auch die nötigen Gelder. Ihre bezahlten Kräfte haben sehr läufiges geleistet. Wir müssen uns an ihnen ein Beispiel nehmen. Je mehr Gelder, desto bessere Agitation!

Leopold-Beiz: Dem Komitee scheint dem Appetit mit dem Essen zu kommen. Der Antrag auf 30 Pf. Leistung ist nicht annehmbar, er muß mindestens erst den einzelnen Kreisen vorgelegt werden. Die besser gestellten Kreise werden, wenn der Antrag hier angenommen wird, wahrscheinlich von den Extraleistungen absehen, der Antrag ist den Kreisen zur Vertagung zu überweisen. Die Zusammenkunft der Gesamtkommission mußte fort stattfinden, auch wenn die Resultate noch nicht eingetroffen wären.

Drescher: Der Antrag Leopold bezieht eine Verringerung des Bezirksbeitrags, denn bisher hieß es, daß die auswärtigen Kommissionsmitglieder auf dem Bezirkstage gemäßt werden sollten. (Dieser Beschluß ist nie durchgeführt worden.) Der Antrag Ehrstange ist nur zu begrüßen, denn wir müssen mehr Mittel haben, wenn wir mehr arbeiten sollen. Die Ausschüsse der Kreisvereine über Bildungsfragen und die Burgau über Tagebücher bitte ich dem Komitee als Anregungen zu überweisen. Zu dem Antrag Leopold möchte ich noch hinzusetzen, daß der Sekretär auch zu den sonstigen Tagungen der Partei zu antworten ist. Wollen Sie einen ganzen Mann auf diesem Posten, dann geben Sie ihm Gelegenheit, sich weiter fortzubilden und in die Geschäfte der Partei einzuwöhnen!

Müller-Schleib: Ich habe den Auftrag, die Aufhebung eines früheren Beschlusses zu beantragen, der gegen den Kolporteur C. Berndt-Merseburg gerichtet ist. Berndt bezieht seine Sachen aus anderen Quellen, deshalb ist eine Sperre gegen ihn überflüssig.

Leopold-Beiz beantragt zu seinem Antrag 1 den Zusatz: „Ebenso wird er zu den Parteitagungen der preussischen und deutschen Partei delegiert. Das Mandat stellt der Halleische Kreis aus, die Kosten trägt der Bezirk.“

Thiele wendet sich gegen die 30 Pf. Leistung. So falls über Kopf läßt sich ein solcher Antrag nicht behandeln. Der Antrag Leopold ist nur zu unterstützen. Unangenehm berührt hat es mich, daß der Vorsitzende der Kommission sich auf dem Halleischen Kreistag gegen Dreschers Delegation gewandt hat, während er in der Gesamtsitzung nicht montiert hat.

Reimann bemerkt, daß er von jeder den Standpunkt vertreten habe, daß die Parteitage durch Delegierte, nicht aber durch Angestellte zu besetzen seien. Wir wollen keine Beamtungen. Schmidt-Salle wendet sich gegen den Antrag Reimann. Er will die Expositionsfrage durch die einzelnen Orte geregelt wissen. Bradmann tritt für Aufhebung des früheren Beschlusses ein und befürwortet die Delegation Dreschers zu den Parteitagungen. Ferner spricht er über die Genossenschaftsbesitzverhältnisse in seinem Orte.

Ein Schlussantrag wird angenommen. Der Antrag 1 des Gen. Leopold fand einstimmig, der Zusatzantrag mit 27 gegen 11 Stimmen Annahme. Die Herausgabe der Broschüre (Antrag 2) wird beschloffen. Der Antrag Ehrstange (30 Pf. Leistung) wird vorläufig abgelehnt und den einzelnen Kreisen zur Begutachtung überwiehen. Der Antrag betreffend Berndt-Merseburg wird ebenfalls angenommen.

(Schluß folgt)

Halle und Saalkreis.

Salle a. S., den 21. Oktober 1907.

Das amtliche Ergebnis der Gemeindegewerbesteuerwahlen ist am Samstagabend ermittelt worden. Bei Wahl des Arbeiter beiziger wurden abgegeben

für die Kartell-Liste	4524 Stimmen,
Blüte der Hirsche	609

Das ergibt für die Hirsche 67 860 Punkte, für die lebhare 9135 Punkte, zusammen 76 995 Punkte. Nach dem für die Gemeindegewerbesteuerwahlen gültigen Statut über die Mandatsverteilung waren die 76 995 Punkte mit 15 (Acht) für zu wählenden Beisitzer zu teilen und mit dem Quotienten (5138) in die beiden Produkte 67 860 und 9135 zu dividieren. Das hätte ergeben für die Karte-Liste 13 Beisitzer mit einem Rest von 1131, für die Hirsche einen Beisitzer mit einem Rest von 402. Dem größten Reste müßte das übriggebliebene Mandat zufallen, so daß die Hirsche aus Mandatsbesitzer wären. Aber am Samstagabend nicht das für die Gemeindegewerbesteuerwahlen gültige Statut, sondern die für die Gemeindegewerbesteuerwahlen gültige Statuten wurde zur Anwendung gelangt. Darum müßte die Gesamtsumme der 76 995 Punkte durch 16 (Acht) durch 15 geteilt werden, woraus sich der Quotient 4813 ergab, der dann als Divisor in die 67 860 vierzehn Mandate für die Kartell-Liste und als Divisor in die 9135 nur ein Mandat für die Hirsche ergab.

Diese Reduktion war nach dem bezeichneten Statute richtig; aber dieses Statute war eben für die Gemeindegewerbesteuerwahlen nicht anwendbar. Obwohl wir überzeugt sind, daß kein Grund hinter den für die nachfolgenden Irrtum gekommen werden müßte, wir im Interesse des Rechts auf den Sachverhalt hinweisen.

Am den Kopf rum bekommen habe, was es nicht betrogen hätte. ...

Durch letzteres gab sie den Arbeitern wieder Veranlassung, auf diese verschiedenen Bestimmungen aufmerksam zu machen. ...

Bekanntem Schreiben an die Polizeidirektion, das folgenden Inhalt hatte:

Bezirkskommando I (folgt Mitteilungen). U. N. An die Herzogl. Polizei-Direktion, Braunschweig ...

Zu den Stadtverordneten-Wahlen.

Achtung, Wählerarten! Die in diesen Tagen zur Ausübung gelangten oder noch gelangenden Wählerarten sind sorgfältig aufzuhaben, da sie bei der Wahl als Legitimation dienen.

Das erste sozialdemokratische Wahlschlupfblatt ist gestern zur Ausbringung gelangt. Soweit die Direktoren über den Beschluß auf sofortige Veröffentlichung ...

Beit. 20. Oktober. (E. B.) Lohnabhängige. Den Schieds in den Kindertagesstätten von Degelow u. Ko. ...

Beit. 20. Oktober. (E. B.) Ein billiger Hund. Von Anwohnern der Ersatzherberge wird gefordert, daß sich dort nachs ein billiger Hund des Amptmeisters ...

Weißenfels, 20. Okt. Ein robuster Hauswirt. Der Bäckermeister Wader kündigt dem seit langen Jahren in seinem Hause wohnenden Steinzeigermeister ...

Naumburg, 20. Oktober. (E. B.) Das Straßenvorurtheil. Wer nicht glaubt, der gehe Sonntag an der Viehstraße vorbei, da kann man ...

Lehrern, 20. Oktober. (E. B.) Unfälle. Am Sonntag früh 1/2 Uhr wurde am Bahnhofsübergang oberhalb des Wagners ...

Wittenberg, 20. Oktober. (E. B.) Ein Zusammenstoß erfolgte zwischen einem Radfahrer und einem Fuhrwerke in der ...

Helbra, 20. Oktober. Von ihren Männern wegelaufen sind hier innerhalb zehn Tagen nicht weniger als sechs Frauen. ...

Helbra, 20. Oktober. Verjährung und ist seit dem 4. Oktober die Ehefrau des Schmiedes Vogel zu Leipzig-Schönefeld. ...

Helbra, 20. Oktober. Verjährung und ist seit dem 4. Oktober die Ehefrau des Schmiedes Vogel zu Leipzig-Schönefeld. ...

In politischer Beziehung ist Nachteiliges über (Name) hier nicht bekannt. ...

Daß der Referent ein tüchtiger Soldat war, geht daraus hervor, daß er Unteroffiziers-Absprant ist. ...

Warum müssen nun die Verarmungsarbeiten die Straßen als Rettung de wollen? Nun, unter ...

Der 20. Okt. Ein trauriges Bild von Rinflecken entrollte hier der Straßensänger in Bezug eine Verhandlung gegen die ...

Parteinachrichten.

Zur Affäre Kolb-Brand. In der Mannheimer Volksstimme veröffentlichen Genosse Dr. Brand folgende Erklärung:

Der Mannheimer Generalanleger ironisch erwähnen. Nach meiner Ansicht steht die Bedeutung der ...

Genosse Meising (siehe in der neuen Zeit) an der Spitze: Genosse ...

Helbra, 20. Oktober. Verjährung und ist seit dem 4. Oktober die Ehefrau des Schmiedes Vogel zu Leipzig-Schönefeld. ...

Helbra, 20. Oktober. Verjährung und ist seit dem 4. Oktober die Ehefrau des Schmiedes Vogel zu Leipzig-Schönefeld. ...

Unser Braunschweiger Parteigenosse berichtet zu diesem Kapitel folgendes: Im Juli d. J. mußte ein Referent von hier eine militärische ...

Aus den Nachbarkreisen.

Zur Bewegung der Korbmacher in Seitz. Welche Bedeutung Arbeitgeber auf einem Vertrag über Lohn- und Arbeitsbedingungen, abgeschlossen mit einer ...

Gewerkschaftliches.

In die Gewerkschaftskartei.

Die Auspöcherung der Tabakarbeiter in Oiegen ist nunmehr beendet. Die Kartelle werden erücht, die Sammlungen sofort einzustellen und die Restbeträge an den Unterzeichneten einzufenden. Die Generalkommission.

H. v. Hermann Rube, Berlin SO. 16, Engelstr. 15.

Die Tischlermeister Berlins schicken ihre Agenten in die Provinz auf den Gemümpel. Es ist ja hinlänglich bekannt, daß es den Berliner Tischlermeistern gelungen ist, die Gehilfen und Hilfsarbeiter in einen allgemeinen Zustand zu treiben. Verhandeln wollen sie nicht, daß der Kampf beigelegt werde, und die Arbeit selber verzichten können sie nicht, so bleibt ihnen nichts übrig, als auf den Gemümpel zu gehen oder Beschränkungen zu suchen.

Es versteht sich, daß die organisierten Tischlergehilfen darauf sehen werden, daß die Bemühungen der Berliner Herren fruchtlos bleiben. Sollte also jeder Gehilfe die Augen auf.

Internationale Gewerkschaftstätigkeit. Das neueste Bulletin des New Yorker Arbeitssaates bringt wieder eine Zusammenstellung über die Stärke der Gewerkschaften in den hauptsächlichsten Ländern. Danach stehen die Vereinigten Staaten und Kanada mit 2300000 gewerkschaftlich organisierten Arbeitern (vorläufige Berechnung bis 1907) noch immer an der Spitze. Dagegen ist Großbritannien im Jahre 1906 durch Deutschland überholt und an die zweite Stelle gebracht worden. Die britischen Gewerkschaften hatten am 1. Januar 1906 einen Mitgliederbestand von 1887823, während in den deutschen Gewerkschaften die Christlichen, Christenvereine usw. mit einbezogen, im Jahre 1906 2215165 Mitglieder vereinigt waren. Große Fortschritte im letzten Jahre haben auch Österreich und die spanisch-amerikanischen Länder gemacht. Inwieweit Spanien an amerikanische Federationen der Arbeit im Jahre 1906 einen Verlust von circa 50000 Mitgliedern gehabt. Es steht zu erwarten, daß Deutschland in wenigen Jahren auch die Vereinigten Staaten überholt haben wird.

Husland.

England. Zur Eisenbahnerbewegung. Die Zeitungen haben den Brief des Komitees der Vereinigung der Eisenbahngesellschaften an Herrn Well veröffentlicht. Die Mitglieder des Komitees sind individuell einmütig der Meinung, daß bei einer Verarmung nichts herauskommen würde, da sie nicht das, was „Anerkennung“ heißen will, nicht im Zweifel wären. Im übrigen überlassen sie die Sache, wie schon bekannt, den einzelnen Gesellschaften. — Das die Manuskripten der Organisation zum Streit bereit und fest entschlossen sind, beweist zum Überflus auch die Daily Chronicle noch durch eine „telegraphische Abstimmung“. Die veröffentlichte Liste zeigt heute bereits 137 Bahnhöfen für den Streit um „Anerkennung“ und ist noch nicht zu Ende. Alle Bahnhöfen zeigen große Begeisterung für die Sache. — Das Blatt berichtet heute ebenfalls, daß es von gut unterrichteter Seite erfahren habe, daß die Eisenbahngesellschaften die Absicht haben, eine Erklärung an diese Seite zu erlassen, in der zugestanden werden soll, daß die Dienstbedingungen eine Verbesserung notwendig hätten und die Gesellschaften sich bereit erklären, mit einer Abordnung von Angestellten über die Sache zu verhandeln; aber nur mit freien Zuten und ohne Einmischung „einer dritten Partei“. Wenn das zutrifft, ist die Sache nicht daran, denn es ist der Gang, den der allgemeine Lage nach die Bewegung notwendig gehen muß — so heißt das, daß auch die einzelnen Gesellschaften die „Anerkennung“ ablehnen. Und dann kann nur noch eine Intervention der Regierung den Streit verhindern. Die wird aber vorläufig nicht zu erwarten sein, weil die Regierung hier in einer Zwischstufe steht, wenn sie die Verstaatlichung für eine nahe Zukunft im Auge hat, wie alle Anzeichen deuten. Sie fürchtet mehr den sozialistischen Geist, der in den Massen über- allend schlagend, als den Streit, den die Gesellschaften durch allerbaldige Maßnahmen, die sie jetzt schon überall treffen, illusorisch zu machen suchen.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Wegen Verleumdung zweier Fabrikanten, angeblich begangen in einem Artikel über Mühlwerke in dem betreffenden Vertriebe wurde Genosse Hoffmann von der freien Presse zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt. — Auf einen Strafantrag des Reichsanwalts Böhm ist am 15. März der Genosse Ernst Born vom Saalkreiser Volksklub zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil ein Artikel des Volksblattes die Kolonialpolitik scharf kritisiert und den Kanzler dafür verantwortlich gemacht hatte. Das Reichsgericht verwarf am Freitag die Revision Borns.

Stadt-Theater.

In das etwas flarre und sich Jahr für Jahr ziemlich gleichbleibende Repertoire unseres Stadttheaters ist eine Oper aufgenommen, die schon seit einem Jahrzehnt über die Bühnen Deutschlands und des Auslandes gegangen ist und nun endlich auch dem hiesigen Publikum vorgeführt wurde. Der Komponist der Oper, Giacomo Puccini ist neben Mascagni und Leoncavallo, der bekannteste Vertreter der heutigen italienischen Musik, seine Kompositionen sind aber in Deutschland nicht so heimisch geworden wie die Cavallero rusticana Mascagnis und der Bajazzo Leoncavallos. Das Werk Puccinis, das gestern hier aufgeführt wurde, führt den Titel La Bohème. Es gibt keine geschlossene Handlung, sondern führt Bilder aus dem berühmten Bude Wurgers: Vie de Bohème vor. Das Buch schildert das Leben der Bohémien (Zigeuner), der armen, leichtsinnigen und übermütigen Schiffschiffer und Künstler im quartier latin, (lateinisches Viertel) von Paris. Die Geschichte, der Lebensweg und der künstlerische Lebensabend dieses Volkens, das sich häufig auf der Jagd nach einem fünf-fränkiger befindet, werden in Wurgers Bude in lebendiger und packender Weise vorgeführt. Die Librettodichter der Oper haben aus diesem Bude einige Szenen herausgegriffen und ziemlich unzulänglich aneinander gereiht. Die Oper behandelt im wesentlichen die Liebe des bohemischen Malers des Quartier latin und der hübschen Gräfin in der Dachsammer der Musikgelehrten. Wie beweisbar aber, daß der Stoff der Oper unterm anderem und in geordneten Verhältnissen lebenden Bürgerturnen zulegen wird. Auch die Musik Puccinis wird nicht allzuviel Liebhaber finden, sie hat keine einschmeichelnden Melodien und erschöpft sich in naturalistischen Tonmalereien, die dem deutschen Publikum nicht angenehm sind. Die musikalische Darstellung aber Anerkennung, daß sie auch das hiesige Publikum mit diesem eigenartigen Musikwerk bekannt gemacht hat.

Die Darstellung hat recht tüchtige Leistungen, ließ aber doch die leicht Bemügeltheit vermissen, die durch das Willen geboten ist. Wenn man Gelegenheit gehabt hat, die Oper in Italien und Frankreich zu hören, muß man doch bei unserer Aufführung eine gewisse Unzufriedenheit konstatieren. Herr Wurgers hat wie immer sein Möglichstes, das Besteher in der Hand zu behalten, allein oft wogten die Momente derselben allzu scharf und greil emp, so daß die Sänger vergeblich dagegen ankämpften. Dabei lagen die Soloparten in sehr guten Händen. Herr Gruellig sang den Poeten Rudolf recht gut und suchte seine Rolle auch festlich zu vertiefen. Auch Herr Wegmann als Vater Marcel hat eine tüchtige Leistung, und die Herren Franke und Müller als Wurgers und Birckholz (Philosoph Gallin) ergänzten recht nett das vieraktige Zigeuner-Melodram. Auch Herr Landor wählte den alten Dachsammer und Hauswirt Bernard recht heilig darzustellen. Frau ein Wolf konn ihre Partie als Mimi sehr schön, auch die Spiel war anwunderbar, obwohl ihre Erscheinung nicht so recht der Vorstellung entspricht, die man hier von einer so schönen und so edlen Frau erwarten magt. Eine vorzügliche Leistung bot Frau v. Woz als leichtsinnige und lebenslustige Milette. Die kleineren Rollen waren durch Hm. Barre (Paragon), Aumann (Meinor) und Wamborn (Cereant der Halbmadre) auch vertreten. Herr Waden hatte als Requisite eine Reihe wirksamer Bühnenbilder zuzubereiten, die in die Menschen auf dem Platte des quartier latin, das Viertelbild vor der Hofstraße usw. Das Sonntagspublikum nahm die Oper im allgemeinen befallig auf, besonders das viele Bild, das in auch mit feiner ergreifenden Handlung und feiner stimmungsvollen Musik am wirksamsten ist.

Aus dem Reich.

Berlin. Eine Spiritus-Explosion. Im Hause Lurmhofstraße 68, im Erdgeschoss, ist am 20. Oktober um 10 Uhr die Frau Wilhelmine Engel ein größeres Quantum Spiritus. Die Heizer der Frau gingen Feuer und brannten in wenigen Augenblicken lichterloh, und auch die zur Hilfe herbeieilende zwanzigjährige Tochter gleich im Nu einer Feuerkugel. Bis die Flammen gelöscht werden konnten, hatte die Mutter derart schwere Brandwunden erlitten, daß sie in bestmöglichen Zustande in das Krankenhaus gebracht werden mußte, auch die Tochter ist schwer verletzt.

Schwern. Ein Todesurteil. Das Schwurgericht verurteilte den Schnitter Anton Mezger, der am 10. August d. J. die Schmittlerin Josepha Gygazsd durch Revolververhische ermordete, zum Tode.

Schwern. Brudermord. Im Sperris in Mecklenburg verlegte der dreißigjährige Erbhärdterin Rogemann im Streite seinen zwanzigjährigen Bruder tödlich und verurteilte darauf Selbstmord.

Vermisste.

Zwei deutsche Luftschiffer stiegen Dienstag in Bordeaux (Frankreich) auf. Beide sind mit ihrem Ballon verschollen; sie sind jedenfalls durch den Sturm auf Meer hinaus getrieben worden und ertrunken.

Ein furchtbares Verbrechen. In dem Dorfe Belmont bei Nancy (Frankreich) wurde der Sechzigjährige Emil Charrier seinen Sohn im Garten erschossen und große Blutmengen waren durch die verfallenen Beistehende im Hofen. Charrier gibt als Motiv an, daß er zu Hause stets wie ein dummes Junge behandelt worden sei.

Erdbeben und Unwetter in Portugal. Nachdem am Dienstag abend 8 Uhr in Coimbra ein heftiges Erdbeben stattgefunden hatte, dem ein furchtbares Erdstößen folgte, was, wodurch zahlreiche Gebäude zerbrach und große Schäden entstanden wurden, werden jetzt aus vielen Kanadestritten verändernde Stürme und schlimme Ueberflutungen gemeldet. Am Donnerstag strandete der englische Frachtdampfer Granada vor Cascaes, ein portugiesischer Frachtdampfer an der Lajomündung, ein spanischer ging ebenfalls dortselbst unter. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Briefkasten der Redaktion.

H. B. Sie gehen von der irtümlichen Voraussetzung aus, die Höhe der Rente richte sich nach der Bedürftigkeit. Das ist nicht der Fall. Obwohl sie nicht sagen, um welche Rentenart es sich handelt, glauben wir annehmen zu sollen, es komme die Unfallrente in Betracht. Diese wird lediglich bemessen nach dem Gehalt des Versicherten. Diesen Gehalt bestimmt der Arzt. Ob Sie noch nebenbei etwas verdienen, kümmert die Berufsgenossenschaft nicht. Sie geht eben ab, und wenn Sie dabei mit Ihren Kindern verhungern müßten. Das ist in der Zeit der „geheilten Komotodischen“ nun mal nicht anders. Aber Sie haben das Recht, gegen die Verabreichung der Rente beim Sachverständigen Einspruch zu erheben. Schreiben Sie darüber im Arbeiter-Sekretariat, Satz 42, vor.

H. N. Die Frau häßet nicht für die Schulden des Mannes, solange sie sich nicht ausdrücklich für dieselben haftbar gemacht hat. Das Gehalt wird aber nur dann als der Frau gehörig betrachtet, wenn es auf ihren Namen geht; nicht aber schon dann, wenn sie das Geld zur Erziehung herbeigeht hat und der Mann der Fürsorge ist.

Vertrieb. Bitte Sonntagnummer nachzulesen, dort finden Sie das „Stiefkind“.

Telephonischer Spezialdienst des Volksblattes.

Ludwigshafen, 21. Oktober. Infolge starken Regels führen auf der Strecke Rhenr Hauptbahnhof-Mundenheim zwei elektrische Straßenbahnwagen vollständig ineinander hinein. Ein Wagenführer wurde schwer, zwei Passagiere leichter verletzt.

Paris, 21. Oktober. Nach einer Meldung des Generals Druce aus Cabablanca fand gestern ein Angriff der Maroccaner auf eine reorganisierende französische Truppe statt. Der Hauptmann Jblar von der Fremdenlegion und ein Major vom 1. Regiment Chasseurs d'Afrique wurden getötet, zwei andere Chasseurs, drei Spahis und ein Fremdenlegionär schwer verwundet. General Druce eilte mit zwei Bataillonen den angegriffenen Truppen zu Hilfe, worauf sich die Maroccaner zum Flucht wandten.

Narbonne, 21. Oktober. In einer von 4000 Personen besetzten Versammlung, die von dem Bürgermeister Perrou, dem bekannten Führer der Wingerbewegung, geleitet wurde, sprach gegen Genosse Jaures über Antimilitarismus. Er bekannte sich als Gegner des Erbseismus.

London, 21. Oktober. In einer Konferenz in Manchester, an der sechs verschiedene Organisationen der Eisenbahner teilnahmen, wurde nachdrückliche Uebereinstimmung in der Streikfrage erzielt. Damit haben sich zwei Drittel aller Eisenbahner für den Streit entschieden.

Seheran, 21. Oktober. In Seiras sind Unruhen ausgebrochen. Eine Regierungskrisis heißt bevor.

Konstantinopel, 21. Oktober. Der Mossul hat ein türkisches Bataillon gemunter. Der Kommandeur wurde getötet, die Offiziere mitschuldig.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 21. Oktober. Nach einem Raubmordversuch verhaftet wurde der 17 Jahre alte, bei seinem Vater in der Wilhelmstraße wohnende Mechanikerlehrling Erich Hamann, der verurteilt hatte, die unter sittenpolizeilicher Kontrolle stehende Frau Wenzel zu erwürgen.

Stokholm, 21. Oktbr. Auf der Rede von Mesborg sind 20 Arbeiterinnen durch Rufen eines Seegelbootes ertrunken.

Verantwortlicher Redakteur: Walter Leopold in Halle.
Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

Arbeiter-Bildungsverein zu Halle a. S.
Sonntag den 27. Oktober 1907
im großen Saale des Volksvereins, Burgstr. 27
gr. Theater-Abend.
Zur Aufführung gelangt: „Das Alter“,
Reinhardt-Komödie in 3 Akten von v. D. Cunenel.
Eintritt 20 Pf. — Anfang 8 Uhr.
Kinder unter 14 Jahren werden nicht eingelassen.

Kustentbonbon !!
als:
Bayrisch Malz,
Althee-Bonbon,
Zwiebel-Bonbon,
Honig-Malz
empfecht billigt
Carl Tornow,
Kgl.: Rob. Schirmer,
Zuckerwaren-Fabrik,
Leipzigische, Ecke kurze Gasse,
Hanselbergstr. 43.

Mückenberg.
Schuhmacherei u. Schuhwarengeschäft
von **Richard Hofmann**
empfecht sich der Arbeiterchaft
von Mückenberg u. Umg. bestens.
Reichs-Geiger.
Reparaturen prompt u. billig.
Zeit.
Restaurant **Oswald Grosse.**
Dienstag den 22. Oktober
Kaffee-Kränzchen.
Es ladet freundlich ein D. O.

Ein Haus mit 4 Wohn- und 2 Kellern
zu verkaufen.
Nietleben, Kreis-
witzerstraße 35, neb. d. Gr. Tanne.

Anhänger
für Uhrzeiten enthaltend zwei
Photographien, am vergangenen
Dienstag a. d. Wege: Königer,
Sportplatz verloren. Gegen Be-
lohnung abzugeben **Röntgen 54.**
Anfichts-Postkarten empfecht
Volksbuchhandl., Satz 42/43.

Wilhelm Gallrein,
Glauchauerstraße 76. Glauchauerstraße 76.
empfecht sein reichhaltiges Lager in
Zigarren, Zigaretten und
diversen Tabaken.

Bockwitz.
Uhlands Gedichte u. Dramen.
2 Bände, a. B. M. 2.50.
Heinrich v. Kleist.
Der getroffene Krug. M. 1.80.
Elchendorff, Gedichte. M. 3.00.
Chamisso, Gedichte,
reich illustriert. M. 2.50.
Meister, Novellen. M. 2.50.
Schillers Kabale und Liebe. M. 2.00.
Otto Ludwlg. Ausgewählte
Meisterwerke. M. 2.50.
Klassischer Humor der
Weltliteratur. M. 3.00.
Pracht-Einbände.
Zu beziehen durch
Die **Volksbuchhandlung.**
Zur Familien-Festlichkeiten etc.
empfehlen wir bestens
Dresdener
Felsenkeller-Lagerbier
in Flaschen (4/10-Liter) 10 Pf.,
in Gebinden jeder Größe 23 Pf.
pro Liter
in sämtlichen Filialen.
Konsum-Verein
Bockwitz u. Umg.
Zum Schneider
empfecht sich in u. außer dem Hause
Marie Gauner der Biermann,
Wetters, Costwiger Glauchau.
Kakulator verkauft die
Genossenschaftsdruckerei.

Triumph-Stühle
in allen Lagen verstellbar,
solid gearbeitet, guter Bezugstoff.
2,25, 2,85, 3,50 bis
8,00 Mk.
C. F. Ritter, Leipzigerstr. 89, 90, 91.
Mitglied des Rabatts-Spar-Vereins.

Star-Recht für **Anzüge, Hosen**
und **Damenkostüme**
welche sich in allen Farben und Längen an-
sammeln, werden zu billigsten Preisen verkauft.
Halle a. S. **H. Elkan,** Leipzig-
strasse 87.